

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugpreis: Einzel-Nummer 120.- Mf. Durch Austräger 600.- Mf. pro Woche...

Freitag, 16. März 1923.

Anzeigenpreise: Die gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 60.- Markt Stellen...

Nieder mit dem Faschismus! Internationale proletarische Einheitsfront gegen die Arbeitermörder.

Offener Brief an die Exekutiven der Londoner und Wiener Internationale, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, der Arbeiterjugendinternationale und der sozialistischen Internationale

Werte Genossen!

In allen Ländern erhebt sich drohend die Gefahr des Faschismus. In Italien wütet der siegreiche Faschismus bereits seit Monaten in bestialischer Weise gegen die Arbeiter...

Die Arbeiterklasse in allen Ländern, ohne Unterschied der Richtung und Partei, hat das gemeinsame Interesse und die selbstverständliche Pflicht, dem kämpfenden italienischen Proletariat durch eine internationale Aktion der Solidarität seinen Kampf zu erleichtern.

Auf Anregung des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale hat sich daher das unterzeichnete provisorische Komitee gebildet, das sich zur Aufgabe gesetzt hat, die internationale proletarische Solidaritätsaktion für das italienische Proletariat durch Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront aller proletarischen Organisationen ohne Unterschied der Richtung einzuleiten.

Das aus Vertretern der Kommunistischen Internationale, der Roten Gewerkschaftsinternationale und der Kommunistischen Jugendinternationale zusammengesetzte provisorische Komitee wendet sich dabei mit diesem Schreiben an die Vollzugsorgane der übrigen internationalen proletarischen Organisationen, um sie aufzufordern, ihre Bereitwilligkeit zur Schaffung eines gemeinsamen Komitees zur Bekämpfung des Faschismus in Italien und darüber hinaus in allen übrigen Ländern und zur Unterstützung der Opfer des italienischen Faschismus zu bekunden.

Die erste Aufgabe des gemeinsamen Komitees ist die Schaffung eines internationalen Kampffonds, der die Mittel liefern soll, um durch Tat, Wort und Schrift den Faschismus energisch zu bekämpfen und seine Opfer zu unterstützen. Eine großzügige internationale Sammelaktion für diesen Fonds wird bei tätiger Unterstützung durch alle Parteien und alle Gewerkschaftsverbände zweifellos große Mittel aufbringen.

In Horthy-Ungarn konnte der Terror der Reaktion wüten, ohne daß ihm das internationale Proletariat kraftvoll in den Arm gefallen wäre. Italien darf kein zweites Horthy-Ungarn werden. Wir erwarten daher von Euch ein Antwort, die die Herstellung der internationalen proletarischen Einheitsfront ermöglicht.

Das internationale Proletariat erwartet von seinen Organisationen, daß sie nicht untätig dem Wüten des Faschismus zusehen.

Es lebe die internationale proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus!

Das provisorische internationale Komitee zur Bekämpfung des Faschismus. J. A. Clara Zetkin, Vorsitzende.

Massenaufmarsch der Arbeiterklasse Oberschlesiens gegen die Faschisten.

Eine deutliche Warnung an alle faschistischen Drahtzieher. In Oberschlesien wurden während der „Volksabstimmungs“-periode die faschistischen Organisationen aus dem Boden gestampft. Oberschlesien gleicht in mancher Beziehung Bayern-Groß-Miesbach. Arbeitermord und weißer Terror sind Trumppf. Lange genug hat das Proletariat Oberschlesiens das Treiben der Faschisten geduldet. Jetzt hat es erkannt, was die Faschisten eigentlich wollen. Ist erwacht und macht Schluß mit dem faschistischen Spuk.

Abwehrgrube. Über 300 Arbeiter dieser Anlage demonstrieren gegen den Faschismus. Eine scharfe Entschliebung wurde angenommen. Die Belegschaft forderte die sofortige Entlassung aller altschlischen Elemente und wollte zu

Gewaltmaßnahmen greifen. Es sollen proletarische Hundertschaften organisiert werden.

Abwehrgrube, Mißkultschuh. Über 2000 Mann der Belegschaft erhoben stürmischen Protest gegen die Orgeschverbände und drohten, mit Knüthen und Keilhauen Ordnung zu schaffen.

Ludwigsglückgrube. Hier demonstrierte die Belegschaft gegen die ziemlich starke Faschistenmacht auf der Anlage. Die Faschisten wollten den Redner zur Versammlung nach dem Grubenhof nicht zulassen.

Borsigwerk. Einige tausend Arbeiter dieser Anlage demonstrieren bei einer Versammlung gegen den Faschismus. Diese Demonstration ist den Herren so in die Glieder gefallen, daß sie anfangen, sich zu sammeln und bewaffnet in einem Teil des Betriebes zu verbarrikadieren.

Castellengrube. Au hier protestierte die Belegschaft gegen den Faschismus, welcher von der Direktion aktiv unterstützt wird. Eine dementsprechende Entschliebung wurde angenommen.

Carlton-Zentrumgrube. An der Belegschaftsversammlung nahm die ganze Belegschaft teil. Der Vorstand des Betriebes hielt das einleitende Referat. Im selben Augenblick wurde die Mitteilung gebracht, daß ein faschistischer Anhänger geduldet haben soll, er werde einen eventuellen Demonstrationsszug der Arbeiter mit Handgranaten auseinandertreiben.

Quindgrube. Auch hier sah die Belegschaft eine Protestentschliebung gegen die Faschisten. Als Referenten fungierten die B-Räte.

Welfenschächte. Die hier tagende Demonstrationsversammlung war gut besucht und sah eine scharfe Entschliebung gegen die faschistischen Antriebe. Der Gedanke proletarischer Hundertschaften zur Abwehr wurde stürmisch begrüßt.

Sohngrube. Die von einem B-Rat gewachten Ausführungen gegen den Faschismus wurden mit Beifall aufgenommen und den Faschisten der schärfste Kampf angeflutet. Aufsehergrube. Vor dem überfüllten Zechenhause referierte ein B-Ratsmitglied über den Faschismus. Stürmische Kampfanfragen wurden laut. Orgesch-Faschisten wollten die Versammlung tören. Sie getrauten sich aber nicht ran. Eine gehörige Abreibung wäre die Folge gewesen.

Aufsehergrube Westfeld und D. E. W. Zabörze. Auf beiden Anlagen fanden statt besuchte Belegschaftsversammlungen gegen den Faschismus statt. Die Arbeiterklasse ist aufs äußerste empört und droht mit Selbsthilfe. Der Gedanke proletarischer Hundertschaften hat Fuß gefaßt.

Redenhütte-Kohlschwerke. Hier fand die Versammlung gegen den Faschismus während der Grubenspauze statt. Die Arbeiter wandten sich scharf gegen die Faschisten.

Drösel Drahtwerke. Die Direktion der Drahtwerke hat die Versammlung gegen die Faschisten nicht im Kasinoaal lassen. Die Versammlung fand in dem neben dem Betrieb liegenden Strahltaale statt. Als die Arbeiter die Kampfpläne hören wollten, stellte es sich heraus, daß selbige absichtlich verdröben war. Der Arbeiter, der die Sirene blasen lassen wollte, soll entlassen worden sein.

Preußengrube. Auch hier fand eine mächtige Versammlung gegen den Faschismus statt. Sie polnische B-Räte wollten die Versammlung sabotieren. Da kamen sie aber bei ihren Mitgliedern schon an. Rufe wie Schüsse hallten über den Saal. Die Empörung gegen die Faschisten steigerte sich bis zur Siedehitze.

Außer diesen Anlagen hat noch eine große Anzahl kleinerer Betriebe an den Demonstrationen teilgenommen. Festzustellen war in vielen Betrieben, daß die Faschisten mit den Leitungen der Werke in der vorhergehenden Nacht alle Dampfsirenen entweder absichtlich verdröben oder abnehmen ließen. Dieser Umstand wirkte ziemlich erschwerend für das Zusammenrücken der einzelnen Belegschaften.

Die „Führer“ der „Hitler“ und Christen, wie auch ein Teil der freigewerkschaftlichen Führer haben sabotiert. So z. B. im Gleiwitzer Bezirk.

Dies aus dem Grunde weil die Sekretäre dieses Bezirkes gute Befürworter des Faschismus sind. Hat doch der Sekretär M. aus Gleiwitz selbst erklärt: „Warum sollen wir gegen die Faschisten kämpfen? Wir sind doch selbst Faschisten.“

Das ist allerdings sehr bezeichnend für einen freigewerkschaftlichen Führer. Die Arbeiter Oberschlesiens marschieren auf. Wo bleiben die Arbeiter des übrigen Schlesiens? Heran an den Feind!

Die Flammenzeichen des Faschismus.

Remscheid, 13. März

Heute nacht wurde auf unser Parteiblat, die „Bergische Arbeiterzeitung“, ein faschistisches Attentat verübt. Das Nebengebäude der Druckerei ging in Flammen auf. Es wurde festgestellt, daß die Brandstiftung sehr sorgfältig vorbereitet war. In ganz kurzer Zeit war das Gebäude abgebrannt. Es steht außer Zweifel, daß die Faschistenbanden die Brandstifter sind. Es gelang, die Druckerei selbst vor dem Niederbrand zu schützen.

Die Arbeiterklasse von Remscheid hat sofort die Hundertschaften mobilisiert.

Die „Bergische Volksstimme“ wurde unter Anlage gestellt, weil sie zur Bildung proletarischer Hundertschaften aufgefordert hatte.

Es ist kein Irrtum. Die Nachricht von dieser faschistischen Brandstiftung bezieht sich auf Remscheid in Deutschland und nicht auf irgend einen Ort in Italien. Warum wundern man sich da noch? Haben wir es nicht schon weit genug gebracht? Haben wir nicht die Entwicklung Schritt für Schritt kommen sehen? Auch in Italien haben sich die Arbeiter die Banden Mussolinis über den Kopf wachsen lassen. Und bei uns? Kaum ist das Proletariat erwacht, und formiert sich zu Abwehrhundertschaften gegen den nackten Mord, da greift schon die republikanische Obrigkeit zugunsten der Faschisten ein und eröffnet Strafverfahren gegen den Republikanismus von links, während er nach rechts hin überhaupt nicht zu existieren scheint. Die Arbeiter sollen sich wehrlos abhachten lassen. Das mag man ihnen zumuten in demselben Augenblick, wo die faschistischen Banden Arbeiterhäuser in Flammen aufgehen lassen, Attentate auf unsere Zeitungen und Druckereien unternehmen, ihre Stoßtrupps gegen die aus Arbeitergroßen errichteten Genossenschaften, Gewerkschaftshäuser usw. ausenden. Remscheid ist nur ein neues Glied in der Kette faschistischer Verbrechen. Nicht nur gegen die kommunistische „Hamburger Volkszeitung“ richteten sie letzten die Angriffe der Faschisten, sondern auch das „Ruhr-Echo“ war ihren Schurkentreiben ausgelehrt; ebenso aber hatte die sozialdemokratische „Münchener Post“, sowie das Leipziger Volkshaus unter der Zerstörungswut der Faschisten zu leiden. In letzter Stunde wird auch noch gemeldet, daß ein „Sturmtrupp“ der Münchener Nationalsozialisten in Ingolstadt das Gewerkschaftshaus bombardierte, wobei mehrere Arbeiter verletzt wurden, worauf die deutschösterreichischen Helden in geschlossenem Zuge, etwa 800 Mann stark, nach München abrückten. Es ist nachgerade die höchste Zeit, daß die Arbeiterklasse, unbeirrt von allen Hemmungen und Treibereien, zur Rettung ihrer eigenen Existenz den Kampf aufnimmt. An Warnungssignalen hat es wahrlich nicht gefehlt. Jetzt gilt es, tühn und entschlossen zu handeln! Niemand hilft uns, man fällt unserer Abwehr sogar staatsanwaltschaftlich in den Rücken, wenn wir uns nicht selber helfen!

Während man der unaufhaltsamen Abwehrbewegung des Proletariats mit seinen Hundertschaften strafrechtliche Sühnungen zu legen versucht, haben die bayerischen Faschisten alle ihre Vorbereitungen für den Rechtspulsch und zur Niedermegung des Proletariats fix und fertig. Die nationalsozialistischen Hundertschaften treten in Bayern als die unbeschränkten Herren der Straße auf und sie haben in München durch Befehl des Oberkommandos der Sturmabteilung für alle Sturmtruppler für 8 Tage erhöhte Bereitschaft befohlen, mit dem Hinzufügen, daß alle Leute daheimbleiben, bezw. erreichbar sein müssen, damit sie innerhalb von zwei Stunden alarmiert werden können. Diese bis an die Zähne bewaffneten Banden sind also bereits so weit, daß sie von sich aus den verheerendsten Belagerungszustand verhängen können! Die bayerische Orgesch hat übrigens auch in Thüringen festen Fuß gefaßt und ihre Anhänger auch dort militärisch nach Regimentsart eingeteilt, wie es in Bayern der Fall ist. Wie der „Vorwärts“ hierzu mitteilt, gehört z. B. Gera zur 34. Hundertschaft. Außer mit anderen Waffen sind die Hitlergardien mit Gummitruppeln ausgerüstet, die von München als „Radiergummis“ nach Thüringen geschafft wurden. Auf einer sozialdemokratischen Redakteurkonferenz kamen alle diese Vorbereitungen zum Rechtspulsch im Zusammenhang mit den Treibereien in Sedats Reichswehr zur Sprache. Aber die nationalsozialistische Führung der Sozialdemokratie zieht es vor, die Arbeiter im Dunkeln über das sich zusammenziehende Unheil zu lassen, statt mit uns zur Abwehr in geschlossenem und tatbereitem Einheitsfront das Proletariat aufzurufen.

Schleifische Behörden als Helfer der Reaktion.

Die schleifischen Faschisten haben in den „republikanischen“ Behörden Schleitens gute Stützen gefunden. Wie die sogenannte „republikanische“ Bayernregierung Hitler schlicht, wie Lipinski wohlwollend Wulle reden läßt, wie Sedering gegenüber dem Treiben der Konterrevolution untätig die Arme verschränkt, so helfen auch die schleifischen Behörden an der Errichtung der konterrevolutionären Front. Sie greifen aktiv ein, wie die Bayernregierung. Als ihre wichtigste Aufgabe betrachten sie es, das Werden der gegen den Faschismus gerichteten proletarischen Abwehraktion zu verhindern. Dabei richtet sich ihr Kampf natürlich in erster Linie gegen die Kommunisten, die an der Spitze der proletarischen Abwehrfront stehen. Die einheitliche Kampagne unserer Partei gegen den Faschismus beantwortet die Behörden mit einer Kommunistenbege.

In Sasniza OS. wurde unser Genosse beim Ankleben der Versammlungsplakate verhaftet. Es wurde bei ihm nun Hausdurchsuchung gemacht und wurden 120 Flugblätter beschlagnahmt. Die Polizeibehörde hat dies getan, obwohl die Plakate vorher von ihr selbst abgestempelt und dafür 24 M. entrichtet wurden! Außerdem wurde von der Polizeibehörde unsere Versammlung verfassungswidrig verboten.

In Frankenstein ordnete der Landrat an, die von den Kommunisten angeklebten Versammlungsplakate durch einen Polizisten entfernen zu lassen. Auf den Protest unserer Genossen hin begründete er dies mit dem Befehl „zum Schutze der Republik“. Die Versammlung fand dennoch statt. Das Vorgehen des Landrates hatte einen ungeheuren Massenaufmarsch zur Folge. Genosse Kiesel geißelte in der Versammlung das Verhalten dieses Herrn Landrates und betonte, daß dieser sich im Kaputtisch gar nicht als Schützer der Republik gezeigt hatte. In der Versammlung versuchten auch die Heimatschutz- und Sittlerleute zu Worte zu kommen. Diese Leute sind in Frankenstein stadtbekannt und treiben ihr reaktionäres Werk in alle Offenheit, ohne daß der Landrat gegen diese der Republik drohende Gefahr einschreitet.

Die Solidarität sogenannter republikanischer Behörden mit der Reaktion zeigt dem Proletariat die Größe der Gefahr. Mit jeder Ausdauer müssen die Arbeiter jetzt daran gehen, ihren proletarischen Selbstschutz zu organisieren. Ehe es zu spät ist!

Arbeitermehren in ganz Thüringen.

Mit einem Angstruf an die Reichsregierung veröffentlichen jetzt auch bürgerliche Blätter, wie z. B. die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, daß dem Beispiel der Sozialdemokraten und Kommunisten der Stadt Gera folgend, wo bereits mehrere proletarische Hundertschaften bestehen, nun auch fast alle anderen Ortsgruppen und Städte Thüringens folgen. Der sozialdemokratische Minister Staatsrat Hoffmann habe sich offiziell für sozialdemokratisch-kommunistische Arbeitermehren ausgesprochen, worüber demnächst noch eine sozialdemokratische Tagung der Ortsgruppen Thüringens Stellung zu nehmen habe. In Jella-Mehlis marschierten am Sonntag die proletarischen Hundertschaften Südthüringens auf, zu denen auch der proletarische Selbstschutz Götthas steht. Die Arbeitererschaft hat es endlich gelernt, geschlossen gegen ihre Feinde aufzumarschieren. Infolgedessen ist es auch gelungen, in Berlin eine deutschsozialistische Versammlung zu sprengen, in der Wulle sprach und in der anstelle des Schlagwortes von Wulle der Gesang des Rotgardistenmarches klang, unter dessen Klängen sich der Saal leerte.

Aufruf zum Selbstschutz!

An das gesamte Proletariat wendet sich ein Aufruf der proletarischen Abwehrorganisationen Groß-Thüringens, worin es unter Aufzeichnung des Weges zur Niedertrügung unserer Feinde heißt:

„Es gilt, eure Organisation, eure Gewerkschafts- und Parteibüros, eure Genossenschafts- und Zeitungsvereinigungen, eure Versammlungslokale, die Wohnungen eurer Führer und Euch selbst zu schützen. Nicht Selbstschutz der SPD oder der KPD. Alle Arbeiter ohne Unterscheidung der Parteirichtung müssen den proletarischen Selbstschutz schaffen!“

Ihr müßt alles daran setzen, um den Aufmarsch der Nationalisten zu verhindern. Ihr müßt den militärischen Organisationen der Bourgeoisie die schlagfertige Formation des Proletariats entgegenstellen. Keine Versammlung, kein Transport der Faschisten darf mehr stattfinden! Dem Terror der Nationalisten muß die organisierte Kraft der Arbeiterklasse entgegengestellt werden.

Kampf den Regierungen, die den Faschismus unterstützen oder dulden!“

Es lebe die nationale Hungerfront!

Widerstand des Speckens — Hungertod der Arbeiter.

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Umlagepreis für das 4. Sechstel von 165 000 auf 500 000, für das 5. Sechstel auf 600 000 Mark zu erhöhen. Der Getreideabgabe- und Regabgabepreis der Reichsgetreidekasse wird vorläufig nicht erhöht. Gleichzeitig ist der Zuckerpriß mit 81 000 Mark für den Zentner festgesetzt, was etwa einer Verdoppelung des Kleinverkaufspreises entspricht und die 5. und 6. Verdoppelung des Kleinverkaufspreises zur Folge haben wird. Für das nächste Zuckerverkaufsjahr ist den Junkern die freie Wirtschaft versprochen worden.

Diese Erhöhung des Umlagepreises im Zeichen der nationalen Hungerfront bedeutet nicht mehr und nicht weniger als ein weiteres Geschenk von 135 Milliarden für das 4. Sechstel und von 120 Milliarden für das 5.

Sechstel an die Junker aus den Steuergeldern der Arbeitererschaft. Den Junkern genügt dieses Geschenk aber nicht. Sie verlangen für das 4. Sechstel 100 000 Mark mehr, obgleich sie schon im Januar 165 000 M. Anzahlung pro Tonne erhalten haben, also mit im Verhältnis gutem Gelde vollauf bezahlt sind. Es handelt sich für den Teil schon um geliefertes Getreide. Da die Reichsregierung, um die nationale Einheitsfront aufrechtzuerhalten, nicht den Brotpriß erhöht, muß das Defizit von der Regierung aufgebracht werden und wird von den Arbeitern auf dem Wege der Steuern bezahlt werden müssen. (Während man ihnen gleichzeitig vormachen will, daß sie das Milliarden Geschenk an die Junker nichts kostet, da ja der Brotpriß nicht erhöht wird.) Den Milliarden Geschenken an die Industriellen reihen sich die Milliarden Geschenke an die Junker an.

Ebenso ist es bei den Zuckerprißen. Die Zuckereinkünfte in Deutschland ist außerordentlich günstig gewesen. Trotzdem ist der Zucker knapp. Der Zuckerpriß wird neuerlich verdoppelt und auf Drohungen der Junker hin für das nächste Jahr die freie Wirtschaft zugesagt. Die Zuckerfreiheit ist damit den Junkern gegeben, die nun auch als nächste Konsequenz die Aufhebung der Getreideumlage verlangen, um die Arbeiterkonsumenten noch besser ausplündern zu können.

Das nennt man Preisabbau.

Alle Cuno-Seute schwätzen nun von Preisabbau. Dabei ist es gerade der Staat und sind es die Kommunen, die freisch und munter Preise und Tarife erhöhen. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ muß konstatieren, daß der Preisabbau eine Illusion ist. Wörtlich schreibt das Stimmesblatt: (Nr. 116/117).

„Man kann jetzt im großen Durchschnitt im Lande für fast 7000 Mark nur soviel kaufen, wie für 5000 Mark im Ausland. Mit anderen Worten: das Ausland kauft bei sich jetzt billiger als in Deutschland.“

Ueber-Weltmarktpreise und dazu Lohnabbau, das ist die neueste Sozialpolitik in der Ebert-Republik.

Märchenhafte Gewinne.

Bei einem nominellen Aktienkapital von 30 Millionen Mark, von dem jedoch nur 18,75 Millionen Mark eingezahlt sind, hat die Magdeburger Werkzeugmaschinenfabrik A.-G. einen Ueberschuß von 363 Millionen Mark herausgebracht. Es ist mithin in einem Jahre das arbeitende Kapital rund zwanzigmal als Ueberschuß herausgewirtschaftet worden. Von dem Ueberschuß werden rund 16 Millionen Mark als ordentliche Abschreibung verwendet. 320 Millionen Mark verbleibt man in verschiedene Fonds. Aus dem Rest werden 20,40 Millionen Mark, also mehr als das Aktienkapital, als Dividende und Bonus ausgeschüttet. Und dann können noch 5 Millionen Mark auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Poppe u. Wirth A.-G., Berlin, erhöht den Reingewinn von 4 Millionen auf rund 44 Millionen M., die Dividende von 30 auf 75 Prozent und zwar auf das verdoppelte Aktienkapital. 75 Prozent Dividende auf Papiermark, solchen Segen gab es noch nie.

Die Königsberger Baumwöle A.-G. konnte ihren Reingewinn verzwanzigfachen. Sie setzte die Dividende von 12 1/2 Prozent auf 100 Prozent in die Höhe.

Die Nahrungsmittelfabrik Benag-Werke A.-G. schütteten für das letzte Jahr 100 Prozent aus; außerdem bekommen die Aktionäre ein wertvolles Bezugsrecht.

Seann-Schilde, Maschinenbau A.-G. zu Hersfeld präsentiert den Aktionären auf 17 Millionen Mark Aktienkapital 60 Millionen Mark Reingewinn. 47 Millionen Mark werden in Spartöpfe gesteckt. Es gibt 50 Prozent Dividende. Die ganzen Sachwert des Unternehmens sind bis auf eine Mark abgeschrieben. Für 6 Millionen Mark hat das Unternehmen sämtliche Anteile der Maschinenfabrik Imperial in Meißen und Imperial-Förderwerke angenommen. Die beiden Werke verteilen je 100 Prozent Dividende. Die Erhöhung des Aktienkapitals um 24 Millionen Mark sichert den Aktionären zu der Glanzdividende ein lukratives Bezugsrecht.

Die Cementplattenfabrik Löhrt A.-G., Frankfurt a. M., gibt für das letzte Jahr 50 Prozent Dividende, eine Gratiskarte und auf neu auszugehendes Aktienkapital wertvolles Bezugsrecht.

Die Baumwollspinnerei Unterhausen erhöht die Ausschüttung von 25 auf 100 Prozent.

Die Metallzieherei A.-G., Köln, bringt bei sehr reichlichen Rückstellungen 100 Prozent Dividende heraus.

Die Aktienspinnerei Aachen erhöht die Dividende auf 50 Prozent.

Sturz der Cuno-Regierung politisch verboten.

In dem Städtischen Publiu, das freilich in Hinterponnerna liegt, wurde in einer sozialdemokratischen Versammlung von einem unserer Genossen eine Resolution vorgelegt, in der u. a. auch die Bezeichnung der Cuno-Regierung und die Bildung einer Arbeiter-Regierung gefordert wurde. Da sprangen der Oberwachmeister der Publiker Schupo und ein Landjäger auf, erklärten die Forderungen als Verstoß gegen das Gesetz zum Schutze der Republik und verlangten die Streichung der Forderung. Auf diese Weise brachte die SPD mit Hilfe der „Republikshühner“ Polizei unsere Resolution zu Fall. Solange so etwas in Hinterponnerna möglich ist, kann das Vaterland mit die Sozialdemokratie ruhig schlafen.

Aus Gewerkschaften und Betrieben.

Aus der Breslauer Eisenbahnerbewegung.

Große Erregung der Breslauer Eisenbahner angesichts der abgelehnten Lohnerhöhung. — Protest der Betriebsräte — Wachsende Opposition im OSB. — Abkündigung der Bönzen. — Protestversammlung der Opposition des OSB. in den Zentral-Ballfäden. — Abrechnung des Kollegen Zandrosch (Oppeln) mit Schefel, Bernhard und Co.

Wie bekannt, beabsichtigt die Cuno-Regierung, die sogenannte „Marktstabilisierung“ dadurch durchzuführen, daß sie mit einer Stabilisierung, d. h. Herabdrückung der Löhne, beginnt und den hungernden Staatsarbeitern und Beamten die Existenzmöglichkeiten beschneidet.

Der Reichsverkehrsminister bat folgendes Telegramm an die nachgeordneten Stellen“ erlassen:

Wißschiff.
Telegramm

Dringend an den Herrn Präsidenten der RDB. und das Eisenbahnenzentralamt, an das RVM, Zweigstelle Bayern, in München — je besonders — im besetzten Gebiet auf den vorgeschriebenen Wegen vom GMB.

Die Reichsregierung hält, mit Rücksicht auf die mit Erfolg eingeleitete Aktion zur Stützung der Markt und zur Herbeiführung eines Preisabbaues, die allgemeine Erhöhung der Löhne und Gehälter zur Zeit nicht für möglich. Sie vermerkt aber die Notlage der staatlichen Bediensteten durchaus nicht und hat sich trotz entgegenstehender schwerer Bedenken entschlossen, der Notlage dadurch Rechnung zu tragen, daß den Beamten die Aprilbezüge früher ausbezahlt werden und den Angestellten und Arbeitern entsprechende Vorzuschüsse gewährt werden. Ueber die Einzelheiten wird am nächsten Montag mit den Spitzenorganisationen die endgültige Vereinbarung getroffen. Öffentlichkeit, namentlich Presse, ist nicht zu unterrichten.

Der Reichsverkehrsminister: Ordoener.

6. 11. 22. 91.

Obwohl die Eisenbahnarbeiter bereits im Februar um ein Drittel schlechter bezahlt worden sind als die Arbeiter der Privatindustrie, mußt man ihnen zu, aus den besetzten „innen- und außenpolitischen Gründen“, auf Lohnerhöhung zu verzichten und sich mit Vorzuschüssen zu begnügen.

Die Eisenbahner-Betriebsräte sind der Verwaltung natürlich nicht die Antwort schuldig geblieben und haben folgende Entschliebung gefaßt:

Die Vollversammlung der Bez.-Betriebsräte der RDB Bez. Breslau nimmt Stellung zu der schwierig gelagerten Notlage der Eisenbahnbediensteten. Nach den einzelnen Berichten aus dem gesamten Bezirk ist eine große zu beachtende Erbitterung unter den Eisenbahner eingetreten darüber, daß sie bei der Februarlohnabsetzung gegenüber den Privatarbeitern um ein Drittel zu gering bedacht worden sind, wodurch sie mit ihren Familien in bitterster Not, und der Verzweiflung nahe sind. Nach den Berichten der Tagespresse wurde bekannt, daß die Regierung auch eine Lohnabsetzung für den Monat März ablehnt, obwohl die Unterschieden bis zu 60 und mehr Prozent zwischen Privat- und Eisenbahner betragen und dadurch die Notlage der Eisenbahner immer bedrohlicher und die Erregung desto mehr gesteigert wird. Der Bezirks-Betriebsrat macht hiermit die in Frage kommenden Instanzen aufmerksam, und fordert um die Notlage der Eisenbahner einigermaßen zu lindern eine baldige rückwirkende Lohnerhöhung, oder eine einmalige Beschäftigungshilfe von 100 000 Mark für sämtliche Eisenbahner.

Der Bez.-Betriebsrat der RDB. Breslau. J. A. George.

Um die Erregung der Eisenbahner abzuschwächen, glaubten die Bönzen, ein Ventil öffnen zu müssen, und beriefen für Montag nachmittag eine Demonstrationsversammlung auf den Schloßplatz ein, wo sie radikale Phrasen versapften.

Sie wählten sich mit Absicht den Montag aus, weil sie wußten, daß die Opposition des OSB. für diesen Tag eine Versammlung in den Zentral-Ballfäden einberufen hatte. Damit glaubte sie, die Kollegen vom Besuch der Versammlung fernhalten zu können.

Die Absicht mißlang. Denn die am gleichen Tage einberufene Versammlung war überaus gut besucht.

Kollege Zandrosch-Oppeln referierte über das Thema Die Lohnpolitik des OSB. und die Erhöhung der Verbandsbeiträge.

Im ersten Teil seines Vortrages zeigte der Redner an der Hand reichhaltigen Materials, wozu die Lohnpolitik der OSB-Führer die dauernd Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Verhältnisse nehmen, geführt hat. Er übte scharfe Kritik an dem Verhalten der OSB-Führer beim letzten Beamtenstreik, schilderte die neuen Dienstvorschriften, die Durchschneidung des Achtstundentages bedeuten, und brandmarkierte das Bestreben des Reichsverkehrsministers die Löhne jetzt stabilisieren zu wollen.

Die Notwendigkeit, die Beiträge zu erhöhen, bejahte Kollege Zandrosch und wandte sich scharf gegen diejenigen Kollegen, welche die Beitragserhöhung zur Verbandsflucht benützen wollen.

Die Beitragsfrage — so führte Kollege Zandrosch aus sei angesichts der bevorstehenden, gewaltigen Kämpfe eine ganz nebenwärtliche und müsse vertagt werden.

Berlangen aber müssen die Kollegen, daß solche Stundenlöhne erämpft werden, die den erhöhten Verbandsbeiträgen entsprechen.

In der Diskussion wurden die Ausführungen des Referenten von den Kollegen Riebel, Zandrosch, George und anderen unterstützt.

Aur ein Bez.-Beamter und Mitglied des Hauptvorstandes machte den vergeblichen Versuch, eine Lanze für den Hauptvorstand im allgemeinen und Herrn Schefel im besonderen zu ziehen.

Herr Reichel vom AOB. bemühte sich, die Reklametrümmer für sein Verbandschen zu rühren.

Im Schlußwort rednete Kollege Zandrosch unter dem lebhaftesten Beifall der Eisenbahner mit der verbandszersplitternden Taktik des Hauptvorstandes ab und zeigte den Kollegen, wo die Verbandszerstörer sitzen. Er bereitete den Herren Schefel, Bernhard und Co. und ihren Breslauer Stützen eine wohlverdiente Abfuhr. Herrn Reichel und seinem Verband leuchtete Kollege Zandrosch ebenfalls gründlich beim.

Die Versammlung schloß mit einem außerordentlich großen Erfolg für die täglich wachsende Opposition im OSB.

Drissenschuß des AOB. Waldenburg.

Man schreibt uns:

Am Sonntag, den 17. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, findet im Gasthaus zu den Drei Rosen in Waldenburg eine Kartellversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Mitteilungen und Eingänge. 2. Erhöhung der Kartellbeiträge. 3. Erhöhung der Beiträge für das Bezirksarbeitersekretariat. 4. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai 5. Verschiedenes.

Die Delegierten werden ersucht, reiflich zu jeder Versammlung zu erscheinen. Anwesenheiten sind vorzuziehen.

Der Kartellvorstand.

